

LINKE&PIRATEN Wiesbaden · Rathaus · Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
Herrn Dieter Horschler

- im Hause -

Stadtverordnete:
Hartmut Bohrer
Michael Göttenauer
Manuela Schon
Hendrik Seipel-Rotter
Veit Wilhelmy

7. März 2012

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN für die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 14. März 2012

Umsatzsteuerpflicht der Kommunen nach Urteil des Bundesfinanzhofes

In einem Urteil vom 10.11.2011 hat der Bundesfinanzhof (Aktenzeichen V R 41/10) entschieden, dass nachhaltig und gegen Entgelt erbrachte Leistungen der öffentlichen Hand der Umsatzsteuer unterliegen, wenn diese Tätigkeiten auf zivilrechtlicher Grundlage oder - im Wettbewerb zu Privaten - auf öffentlich-rechtlicher Grundlage ausgeführt werden.

Urteil: <http://juris.bundesfinanzhof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bfh&nr=25446>
Pressemitteilung: <http://juris.bundesfinanzhof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bfh&nr=25422>

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Ist dem Magistrat das Urteil bekannt und welche Auswirkungen auf den Haushalt wird die neue Umsatzsteuerpflicht auf entgeltliche Leistungen haben?

Gez. Michael Göttenauer
Stadtverordneter

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsassistentin